



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

HARVARD LAW LIBRARY
3 2044 075 183 616

Hintze

**Statsverfassung und Heeresver-
fassung**

GER
970.1
HIN

HARVARD
LAW
LIBRARY

Digitized by Google



Neue Zeit= und Streit= Fragen

Dritter
Jahrg.

Herausgegeben von der
Gesellschaft zu Dresden

4.
Heft

Staatsverfassung und Heeresverfassung

von Otto Hinz

Dresden 1906 · von Zahn & Jaensch

Man abonniert auf jährlich 9 Hefte, Oktober bis Juni erscheinend,
für 6 M. Preis des einzelnen Hefes 1 M., Doppelheft 1.50 M.
Prospekt umstehend.

Verlag von **H. Zahn & Jaensch, Dresden.**

In unserm Verlage erscheinen:

Neue Zeit- und Streitfragen

Herausgegeben von der

Gehe-Stiftung zu Dresden.

Jährlich 9 Hefte in groß Oktav; Oktober bis Juni.

Abonnementspreis für den Jahrgang von neun Heften **6 M.**

Preis des einzelnen Heftes **1 M.,**

(des Doppelheftes 1,50 M.)

Der dritte Jahrgang der Neuen Zeit- und Streitfragen
(Band 12 des Jahrbuchs der Gehe-Stiftung) Oktober 1905 bis
Juni 1906 wird zunächst folgende Themata behandeln:

**Die Bedeutung der Arbeitsfreude für Theorie
und Praxis der Volkswirtschaft.**

Professor Dr. Herkner in Zürich.

Der Zweikampf und das Gesetz.

Geh. Rat Professor Dr. Binding in Leipzig.

Straßkolonien.

Professor Dr. Heimberger in Bonn.

Staatsverfassung und Heeresverfassung.

Professor Dr. Sinke in Berlin.

Das Verhältnis

von Handelsmarine zu Kriegsmarine.

Professor Dr. von Sasse in Berlin.

Der deutsche Buchhandel und seine Abnehmer.

Professor Dr. Theodor Petermann in Dresden.

Über geminderte Berechnungsfähigkeit.

Landgerichtsdirektor Dr. Weingart in Bautzen.

✕ Staatsverfassung und Heeresverfassung. ✓

Vortrag gehalten in der Gehe-Stiftung
zu Dresden am 17. Februar 1906

von

Otto Hinze.



Dresden, 1906

v. Zahn & Jaensch

For W
H

MAY 12 1921

5/12/21

Als ich die ehrenvolle Aufforderung erhielt, hier vor Ihnen über Staatsverfassung und Heeresverfassung zu sprechen, war mir von vornherein klar, daß es sich dabei nicht darum handeln könne, in allgemeinen Räsonnements, unter Anführung von Beispielen aus allen Zeiten und Völkern dieses Thema zu behandeln, sondern daß meine Aufgabe vielmehr darin bestehen werde, die Wandlungen und Wechselbeziehungen von Staats- und Heeresordnung an einem zusammenhängenden historischen Entwicklungsprozeß zur Anschauung zu bringen. Ich will nicht in Abrede stellen, daß auch die erste Betrachtungsweise, wenn sie so gehandhabt wird, wie es z. B. von Herbert Spencer geschehen ist, in seinen Prinzipien der Soziologie, zu bedeutsamen Ergebnissen führen kann; aber für den historisch geschulten Sinn liegt doch immer eine unerträgliche Gewalttätigkeit darin, wenn, wie es dabei wohl kaum zu vermeiden ist, einzelne Institutionen aus ihrem Zusammenhange gerissen und dergestalt Geschichte und Völkerkunde gleichsam geplündert werden, um Belege zu liefern für Sätze, die im Grunde doch aus allgemeinen Erwägungen abgeleitet sind. Und auch abgesehen davon — wie wenig greifbar und anschaulich, wie vag und verschwommen sind doch in der Regel die Vorstellungen, die man auf diese Weise gewinnt! Die allgemeinen Formeln, in die sich zur Not das geschichtliche Leben der Menschen und Völker bannen läßt, werden ja um so leerer an anschaulichem Inhalt, je weiter der Horizont der Betrachtung gespannt ist, und sie verflüchtigen sich schließlich wohl gar zu selbstverständlichen Trivialitäten. Ich ziehe es also vor, an einem konkreten Beispiel die gegenseitige

1*

Bedingtheit der Staats- und Heeresverfassung zu erläutern, und ich wähle dazu die Entwicklung der romanisch-germanischen Völker seit dem Untergange der antiken Kultur, die ja in die lebendigen Zustände und Interessen der Gegenwart einmündet.

Dabei möchte ich aber ein paar orientierende Bemerkungen allgemeinen Inhalts vorausschicken.

Alle Staatsverfassung ist ursprünglich Kriegsverfassung, Heeresverfassung; das darf man wohl als ein gesichertes Resultat der vergleichenden Völkergeschichte betrachten. Der festere staatliche Zusammenhang größerer Menschengruppen ist in erster Linie auf Abwehr und Angriff gerichtet; mit der kriegerischen Organisation entsteht erst eine strengere Obrigkeit mit Zwangsgewalt gegenüber den einzelnen, und sie bildet sich um so kräftiger aus, je häufiger Kriege geführt werden. Alle freien Männer, soweit sie die Waffen tragen können, sind Krieger; sie üben nebenbei wohl Jagd und Viehzucht, aber der Ackerbau und die Hauswirtschaft bleiben den Weibern und den Sklaven überlassen. Die Versammlung der Krieger ist die politische Versammlung; das Kriegsoberhaupt wird zum Staatsoberhaupt; wer nicht Krieger ist, hat keine Stelle in dem politischen Gemeinwesen. Aber dann kommt eine Zeit, wo mit der Ausbreitung des Ackerbaues, mit der Einwurzelung der Menschen in den Boden, den sie bebauen, mit der Vermehrung der Bevölkerung, der Steigerung des Verkehrs und der Technik, mit dem Entstehen der Gewerbe, kurz mit den veränderten Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens eine Absonderung der kriegerischen von der gewerblichen Tätigkeit eintritt, eine Scheidung zwischen Wehrstand und Nährstand. Das Heer wird zu einem besonderen Theile des Ganzen, die Heeresverfassung stellt eine besondere Seite der Staatsverfassung dar. Die Frage, auf die es nun ankommt, ist die: welche Stelle nimmt die Heeresverfassung in der allgemeinen Staatsverfassung ein? In welchem Maße beeinflusst sie die Gesamtheit der politischen Einrichtungen?

In welchem Maße sind die Anforderungen des Kriegerstandes auf Beherrschung des öffentlichen Lebens durch die wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Gesamtheit oder auch einzelner Klassen eingeschränkt worden? Wie verflochten sich überhaupt die Klassengegensätze mit dem Gegensatz des kriegerischen und des gewerblichen Lebens? Welchen Ausgleich zwischen beiden hat die Staatsverfassung geschaffen?

Herbert Spencer unterscheidet in dieser Hinsicht zwei Grundtypen der Staats- und Gesellschaftsverfassung, die er als den kriegerischen und den industriellen Typus bezeichnet. Die Struktur des kriegerischen Gesellschaftstypus, mit starker Zwangsgewalt, mit zentralisierendem Despotismus, mit staatlicher Regulierung des Privat- und Wirtschaftslebens, hat lediglich ein Maximum von militärischen Kraftleistungen zum regulierenden Zweck, während Freiheit und Wohlfahrt des einzelnen dahinter zurückstehen müssen. Andererseits in dem industriellen Gesellschaftstypus sind es gerade diese individuellen Freiheits- und Wohlfahrtszwecke, die, durch keinen starken Druck von außen gehemmt, den Aufbau der öffentlichen Verhältnisse bestimmen und dem Gemeinwesen so den Charakter der Freiwilligkeit, der Dezentralisation und Selbstregierung, der individuellen Bewegungsfreiheit auf allen Lebensgebieten aufdrücken.

Das sind ideelle Typen, die in der Geschichte der Völker vielleicht nirgendwo ganz rein verwirklicht worden sind; die Wirklichkeit zeigt fast überall Mischungen aus Elementen von beiden; aber namentlich der kriegerische Typus tritt doch in manchen Staaten alter und neuer Zeit, bei zivilisierten und unzivilisierten Völkern sehr deutlich hervor; Spencer verweist auf das Reich von Dahome, auf das peruanische Incareich, auf das alte Ägypten und Sparta, auf Preußen und das Deutsche Reich, auf Rußland. Der industrielle Typus bildet sich nur unter besonders günstigen Bedingungen heraus, sehr langsam und nicht so deutlich: England und Amerika namentlich mit ihrem Miliz-

system, mit ihrer Selbstregierung, mit ihrem Grundsatz individueller Bewegungsfreiheit stellen ihn dar, gegenüber dem gebundeneren Leben der militärischen Kontinentalstaaten. Spencer meint nun, daß die allgemeine Tendenz der Kulturentwicklung dahin gehe, den militärischen Staats- und Gesellschaftstypus allmählich durch den industriellen zu verdrängen und zu ersetzen. Er verkennet nicht, daß in diesem Entwicklungsgange mächtige und langdauernde Rückbildungen eintreten können, daß alles davon abhängt, ob die Kriege seltener werden und mehr nur an den Grenzen der zivilisierten Welt zu führen sind, ob die friedliche gewerbliche Tätigkeit das Übergewicht über die kriegerische gewinnt und behauptet. Aber er ist der Ansicht, daß die Welt doch im großen und ganzen auf dem Wege dazu sei; aus ihm spricht der englische Geist der Zeit Cobdens und Gladstones, der Geist einer saturierten, durch keine ernsthafte Konkurrenz in ihrer Handelshegemonie bedrohten und daher friedfertigen und humanen Politik und Weltanschauung. Diese Stimmung hat sich ja inzwischen in England wie in der übrigen Welt recht merklich verändert, und ich weiß nicht, ob Staatsmänner wie Disraeli oder gar wie Cecil Rhodes und Chamberlain mit gleicher Zuversicht an die friedliche Fortentwicklung der Staatenwelt zum rein industriellen Typus glauben oder geglaubt haben. Vielleicht sind die von Spencer charakterisierten Typen überhaupt nur die polaren Gegensätze, zwischen denen sich der politische Lebensprozeß der Menschheit abspielt, bald dem einen, bald mehr dem andern Pol sich nähernd. In den vier Jahrtausenden Menschheitsgeschichte, die wir heute überblicken, ist zwar eine große Zunahme gewerblicher Tätigkeit, aber eigentlich keine Abnahme in der kriegerischen Bereitschaft der Staaten eingetreten.

Mit dem Hinweis auf dieses Problem möchte ich zugleich andeuten, daß ich den Begriff der Staatsverfassung nicht in dem engen staatsrechtlichen Sinne verstehe, bei dem es sich nur

um die Verteilung der verschiedenen Funktionen der Staatsgewalt an die verschiedenen Organe handelt; wenn wir das Verhältnis der Wehrverfassung zur Staatsverfassung erkennen wollen, so müssen wir unser Augenmerk vornehmlich auf zwei Erscheinungen richten, die auch die eigentliche Staatsverfassung bedingen: das ist die soziale Klassenbildung einerseits und die äußere Formation der Staaten andererseits, ihre Stellung zu andern Staaten und in der Welt überhaupt.

Es ist eine einseitige, übertriebene und darum falsche Vorstellung, als ob die sozialen Klassenkämpfe das ausschließlich bewegende Moment in der Geschichte gewesen seien; die Völkerkämpfe sind noch weit wichtiger gewesen, und zu allen Zeiten hat der Druck von außen maßgebend auf die innere Struktur gewirkt; er hat auch oft den inneren Zwist niedergehalten oder zu seiner Ausgleichung gezwungen. Beide Momente haben auf das sichtbarste zusammengewirkt bei der Ausgestaltung der Wehrordnung und der Staatsverfassung. Im Altertum tritt die Hoplitenphalanx der Bürgerschaft an die Stelle der ritterlichen Einzelkämpfer zu Fuß oder zu Wagen, nachdem eine Ausgleichung der Stände sich vollzogen oder angebahnt hat. Wo diese Ordnung dann erstarrt, wie in Sparta, da findet auch keine weitere Ausdehnung des Staates an Macht und Umfang statt; wo aber das Gemeinwesen ein genügendes Maß von Anpassungsfähigkeit besitzt, wie in Rom, da drängt die Spannung der auswärtigen Lage zu fortschreitender Erweiterung der politisch berechtigten Bürgerschaft, weil man größere militärische Massen braucht; und in diesem Zusammenwirken äußeren Druckes und innerer Bildungsamkeit liegen die Fortschritte Roms vom Stadtstaat zum Weltreich begründet.

An der römischen Geschichte kann man auch besonders deutlich sehen, wie Form und Umfang des Staatsgebiets die Wehrordnung und die Verfassung beeinflussen. Dem einfachen Stadtstaat entspricht die nach dem Grundbesitz gegliederte Bür-

germiltz; die fortschreitenden Eroberungen in Italien werden begleitet von einer systematischen Militärkolonisation; in dem großen Macht- und Daseinstampf des hannibalischen Krieges kommt das alte Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht zu voller tatsächlicher Anwendung. Als dann die Herrschaft der Stadt sich über die Grenzen Italiens ausdehnt, als entfernte Provinzen zu verwalten und in Ordnung zu halten sind, wie Macedonien, Afrika, namentlich die beiden Spanien mit ihrer unruhigen kriegerischen Bevölkerung, da tritt ein stärkerer Heeresbedarf ein, der nicht mehr durch die besitzende Bürgerschaft bestritten werden kann; an die Stelle der alten Bürgermiltz tritt ein stehendes Heer, das grophenteils aus den Proletariern gebildet wird, und die Soldzahlung, die bisher nur gelegentlich zur Ergänzung eingetreten war, wird die dauernde Regel. Dies stehende Heer und die in der Ausdehnung des Reiches begründete Notwendigkeit, Feldherrn mit langem Kommando weithin in ferne Provinzen zu entsenden, der persönliche Einfluß, den siegreiche Imperatoren dort in jahrelangen Kriegen auf die Truppen gewinnen, untergräbt die republikanische Verfassung. Diese Truppenführer werden aus Beamten der Republik zu selbständigen sich untereinander befehdenen Machthabern; und auch die Restaurationsideen, mit denen Augustus seinen Prinzipat erfüllt hat, haben auf die Dauer nicht verhindern können, daß der Imperator zum Monarchen wurde und Rom zu einem Weltreich, in dem die römische Bürgerschaft, d. h. die Gesamtheit der Italiker, nur noch eine privilegierte, herrschende Stellung einnahm, das aber mehr und mehr aufhörte einen national-römischen Charakter zu tragen. So hat das stehende Heer in Rom den Monarchen geschaffen, wie anderswo der Monarch das stehende Heer, und beides steht in innerem Zusammenhang mit der Fortbildung des Stadtstaates zum Weltreich.

Das große Problem: wodurch dieses Reich und damit zugleich die antike Kultur zugrunde gegangen ist, hat noch nie-

mand in einleuchtender und überzeugender Weise gelöst. Es sind offenbar zahlreiche Ursachen, die dabei zusammengewirkt haben; auf eine davon möchte ich hier hinweisen. Das römische Reich ist nicht durch andere auswärtige Mächte überwältigt worden; es gab überhaupt keine Macht neben ihm, die ihm irgendwie ebenbürtig gewesen wäre; es war ein Weltreich in ganz anderem Sinne, als wir heute wohl von Weltmächten reden; es war ein Universalstaat, der die ganze zivilisierte Welt beherrschte; von einem Staatensystem, von einer Mehrzahl koordinierter Staaten, die ein Gleichgewicht der Macht unter sich halten, die in beständiger Spannung und Rivalität miteinander gezwungen werden, stets von neuem ihre Kräfte anzuspannen, um nicht von ihrem Platze verdrängt zu werden, — von einer solchen Staatengesellschaft war keine Rede. Die Kriege an den Grenzen berührten nicht mehr die Macht- und Lebensfragen dieses Reiches, sie bedeuteten nicht viel mehr als heute die Kolonialkriege Englands oder etwa unser Krieg in Südwestafrika. Der starke Druck von außen war gewichen; die Spannung der auswärtigen Lage, die den Römerstaat von Eroberung zu Eroberung fortgetrieben hatte, war gelöst, seitdem diese Eroberungen den Kreis der zivilisierten Welt ausgefüllt hatten. Die zahlenmäßige Stärke der bewaffneten Macht war im Verhältnis zur Bevölkerung des Reiches gering, wenn man sie mit den modernen Heeren vergleicht. Und auch diese verhältnismäßig kleine Truppenmacht verlor immer mehr den national-römischen Charakter. Schon längst hatte man den Grundsatz, daß nur römische Bürger in das Heer eingestellt werden dürften, dadurch umgangen, daß man den Fremden, die in das Heer eintraten, das Bürgerrecht verlieh. Augustus hatte noch diese Bürgerlegionen von den Auxiliartruppen der Fremden streng geschieden, und unter den Juliern waren es doch in der Hauptsache noch Italiker gewesen, die die Legionen gebildet hatten. Mit Vespasian hörte das auf. Die Italiker wurden

tatsächlich vom Kriegsdienste frei, wie sie es bereits von den direkten Steuern waren; die Legionen nahmen ihren Ersatz aus den Provinzen; der Unterschied gegenüber den Auxiliarkohorten verwischte sich mehr und mehr; trotz des fortbauenden Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht war die Ergänzung der Armee im wesentlichen tatsächlich auf den freiwilligen Eintritt und die Werbung begründet, und nur subsidiär trat noch eine Aushebung durch die Behörden ein, wobei aber Stellvertretung gestattet und praktisch auch wohl die Regel war. Lange Zeit hindurch hatte wenigstens die Prätorianergarde in Rom noch das dominierende italische Element repräsentiert; mit Septimius Severus hörte auch das auf; die Palatini, die an ihre Stelle traten, wurden aus den Provinziallegionen genommen, und die allgemeine Erteilung des Bürgerrechts an alle Untertanen durch Caracalla machte auch staatsrechtlich der privilegierten Stellung Italiens in dem Weltreich ein Ende.

Diese Armee, dieses Soldheer, zusammengesetzt aus nationalgemischten, nur oberflächlich romanisierten Elementen, stand mit dem Reichskörper in keinem andern Zusammenhange, als durch das Reichsoberhaupt, den Kaiser. Es hatte selbst seine besondern, von dem bürgerlichen Kultus verschiedenen religiösen Gebräuche, wobei die Verehrung des Numen Caesaris eine hervorragende Rolle spielte. Es war eine Macht für sich; von dieser Macht hing auch, beim Mangel eines festen Erbrechts und eines eingewurzelten Legitimitätsprinzips, die Erhebung der Kaiser ab; nur die militärische Disziplin hielt das ganze Gebäude zusammen; und mit dem Ende der Severer hörte diese Disziplin auf, ihre Schuldigkeit zu tun. In den beständigen Meutereien der 50 Jahre von Alexander Severus bis auf Diokletian ist das alte Wesen des römischen Heeres und seiner Verfassung zugrunde gegangen. Im 4. Jahrhundert ist die Legion etwas ganz anderes geworden als vorher; die Soldaten leben an der Grenze nicht mehr unter der alten

strengen Lagerdisziplin, sondern zerstreut auf Adernehmungen mit Weib und Kind; die Rekruten werden von den Großgrundbesitzern gestellt, die aus den Städten auf das Land gezogen sind und ihre Güter selber verwalten; ganze Scharen von rein barbarischen, germanischen Völkerschaften treten in die Armee: die Armee, kann man sagen, wird seitdem in zunehmendem Umfange germanisch; von der Armee aus ist das Reich sozusagen barbarisiert worden; die Folge davon war, daß der alte Bau der Verfassung, wenigstens im Westen, mehr oder minder rasch und vollständig in die Brüche ging.

Das ist der Ausgangspunkt für die neue Weltperiode der germanisch-romanischen Völker. Auf der einen Seite das in sich zusammenstürzende römische Universalreich mit seinen Kultur- und Zivilisationstrümmern; auf der andern Seite die frische Ursprünglichkeit der auf jugendlicher Entwicklungsstufe stehenden germanischen Stämme. Aus diesem Ineinanderwirken hat sich der große historische Prozeß angesponnen, der bis auf unsere Tage reicht, und den wir nun in einem raschen Überblick nach seinen verschiedenen Phasen uns vergegenwärtigen wollen, nach dem Gesichtspunkt, wie politische und militärische Ordnungen dabei einander bedingt und beeinflusst haben.

Wir können in diesem Entwicklungsprozeß drei große Epochen unterscheiden, in denen bestimmte Typen der Staats- und der Heeresverfassung miteinander verbunden erscheinen: die Epoche der Stammes- und Geschlechterverfassung in der Urzeit, die Epoche des Feudalismus im Mittelalter und die Epoche des Militarismus in der neueren Zeit, die uns das doppelte Bild einerseits des absolutistischen Militärstaates, andererseits freier Verfassungen mit vorwiegend milizartiger Wehrordnung zeigt. Ich möchte die beiden ersten Epochen hier nur in kurzen Andeutungen behandeln, nur über die dritte will ich etwas ausführlicher reden. Wir werden sehen, daß diese militaristische Epoche sich wieder in drei Abschnitte zerlegen

läßt, mit folgenden charakteristischen Erscheinungen: in dem ersten Zeitraum vom Ende des 15. bis etwa zur Mitte des 17. Jahrhunderts die noch nicht fest und dauernd mit den Staatseinrichtungen verbundenen Soldheere; die staatliche Verfassung selbst noch nicht zum absolutistischen Einheitsstaat konsolidiert, aber auf dem Wege dazu. In dem zweiten Abschnitt, etwa von Mitte des 17. bis zur Wende des 18. und 19. Jahrhunderts auf der einen Seite, auf dem Kontinent, der ausgebildete absolutistische Militärstaat, auf der andern Seite England mit seiner Miliz, seinem Parlamente und seiner Selbstverwaltung. Endlich in dem dritten Zeitraum, im 19. Jahrhundert, das Durchdringen der innerlich verwandten Prinzipien der allgemeinen Wehrpflicht und der konstitutionellen Staatsordnung, wobei aber auch das Fortbauern der Milizverfassung und die zunehmende Bedeutung der Kriegsflotten ins Auge zu fassen sind.

Über die erste Epoche wissen wir nicht viel Sicheres; aber es genügt, um zu erkennen, daß wir es mit einer Organisation der Gesellschaft zu tun haben, in der Staatsverband und Heeresverband noch in der Hauptsache identisch sind. Das älteste Staatswesen der Germanen hat einen genossenschaftlich-föderativen Zug, und wenn die allerdings kühne Vermutung zutrifft, daß Hundertschaft, Geschlecht und Gauansiedlung als identisch zu betrachten sind, so sehen wir in konkreter Form diesen Sippenverband vor uns, der zugleich politische Gemeinde und Heerkörper ist. Daß aber in irgend einer Form Staatsverband wie Heeresverband auf dem Zusammenhang der Geschlechter beruhte, ist zweifellos bezeugt und entspricht den Erscheinungen, die auch sonst in Geschichte und Völkertunde die Verfassung der Urzeit charakterisieren. Geschlechterweise gingen die Germanen in den Kampf; und der enge Zusammenhalt, den Blutsverwandtschaft, nachbarliche Gewöhnung und Gemeinschaft aller Lebensinteressen erzeugte, mochte ihrer taktischen Formation, dem cuneus oder „Ebertopf“, wohl einen gewissen Ersatz verleihen für den

Mangel einer eigentlichen militärischen Disziplin, wie sie der Römer kannte. Wie weit dabei die Blutsverwandtschaft noch wirklich lebendig, wie weit sie nur als Vorstellung wirksam war, macht nicht viel aus; die Hauptsache ist, daß ein Gefühl der Gemeinschaft vorhanden ist, ein natürlicher genossenschaftlicher Zusammenhang, der die Truppen wie die Ansiedlung zu einer militärischen und politischen Einheit zusammenfaßt. Neben diesem genossenschaftlichen Organisations-Faktor fehlt freilich auch der herrschaftliche nicht, der bald stärker, bald schwächer hervortritt. Er kommt zum Vorschein in der Häuptlingsverfassung, dem Prinzipat, wie es uns Tacitus darstellt, und vor allem in der Stellung eines Herzogs an der Spitze der Civitas in Zeiten größerer Kriege. Hier und da ist die Häuptlingsverfassung schon zur Zeit des Tacitus in eine Königsherrschaft übergegangen, die aber an dem genossenschaftlichen Grundcharakter des Staatswesens noch nicht viel geändert hat. Immerhin aber ist dann in den nächsten Jahrhunderten dies herrschaftliche Element der Verfassung im Vordringen begriffen, während das genossenschaftliche an Kraft verliert. In der Heeresverfassung sehen wir den Keim dazu bereits in der tacitaischen Zeit entwickelt: es ist der Comitatus, das Gefolgschaftswesen, das einen berühmten Häuptling und Kriegsführer zum Mittelpunkt einer auserlesenen kriegerischen Schar macht, die durch ein eigenartiges Treuverhältnis an ihn persönlich gebunden ist und den alten Sippenverband mit der Stellung von Hausgenossen des Gefolgsherrn vertauscht hat. Mit der Ausdehnung der ursprünglich kleinen politischen Verbände zu den großen Stammesbündnissen, die eine Mehrzahl von Civitates umfassen, mit dem Beginn der kriegerischen Wanderzüge ganzer Völker oder des erobernden Vordringens eines Stammes über die römische Grenze erstarkt die Königsgewalt, die nun eine allgemeine Erscheinung wird, während der genossenschaftliche Zusammenhang der alten Sippenverbände, namentlich seit der Ansiedlung auf

römischen Boden, mehr und mehr verloren geht. Im Frankenreiche der Merovinger, wo nicht eigentlich ein eroberndes Volk mit einem gewählten Heerkönig vordringt, sondern wo ein Herrscher aus altem Geschlecht, das ein sakrales Ansehen genießt, ein gewaltthätiger Machthaber die Eroberung leitet, ist die königliche Gewalt besonders stark ausgebildet. Dem entspricht es, daß der Versuch gemacht wird, die herrschaftliche Organisationsform, wie sie in der Institution des Gefolgschaftswesens vorgebildet war, auf die Gesamtheit der Untertanen auszudehnen. Der merovingische König hat nicht bloß sein engeres, vornehmeres, berittenes Gefolge in den Antrustiones, sondern er hat auch seine Leudes, die ursprünglich wohl in einem ähnlichen persönlichen Dienst- und Treuverhältnis zu ihm stehen, gleichsam eine Gefolgschaft niederer Ordnung bilden; und er verlangt schließlich von allen Untertanen, daß sie ihm den Treu- und Mannschaftseid (*fidelitatem et leudesamium*) schwören müssen.

Dieser Versuch, die verfallende genossenschaftliche Organisation des Volks- und Heerkörpers in eine herrschaftliche zu verwandeln, hat allerdings nicht in dieser Form zum Ziel geführt. Raum hundert Jahre nach der Besitznahme des gallischen Landes sehen wir vielmehr einen mächtigen Großgrundbesitzerstand hervortreten, der in Anknüpfung an die römischen Possessores oder an die Landschenkungen der Könige entstanden ist, wahrscheinlich aus den Unterführern, die als Grafen auch im Frieden die königliche Autorität in bestimmten Bezirken zu repräsentieren haben. Diese Grundherren haben auch ihrerseits sich mit einem reißigen Gefolge umgeben, das sie als „Seniores“ in kriegerpatriarchalischer Form beherrschen und unterhalten. Germanische Dienst- und Treuverhältnisse nach Analogie der Gefolgschaft und gallo-römische Patronats- und Klientelverhältnisse mögen dabei zusammengewirkt haben, wie auch der Einfluß römischer Privatsoldateska im Dienste großer Possessoren nicht ausgeschlossen ist. Auch die großen geistlichen Grundbesitzer hielten solche

kriegerischen Gefolge, und das kirchliche Institut des Benefizialwesens bot die beste Form dar, wie man solche Krieger mit Grundbesitz ausstatten konnte, ohne das ihnen verliehene Gut vollständig aus der Hand zu geben. Der Besitz wurde nicht bloß an die fortbauernde Erfüllung der Dienstpflicht gebunden, sondern außerdem noch an die Erneuerung der Verleihung bei Herren- und Mannsfall. Durch diese Verbindung von Vasallität und Benefizium, von Dienst und Lehen, wurde die eigentümlich fränkische Form des Lehnwesens geschaffen; und die kluge Politik der arnulfingischen Hausmeier hat es verstanden, diese Institution mit der zentralen Gewalt zu verknüpfen und dadurch wenigstens teilweise jene frühere Tendenz einer herrschaftlichen Organisation der Streitmacht zur Durchführung zu bringen. So stellt das Lehnwesen zwar gegenüber der Idee des allgemeinen Untertanenverbandes eine losere, durch mehrere Zwischenglieder vermittelte und abgeschwächte Herrschaftsform dar; aber diese Form war offenbar die einzige, die in einer naturalwirtschaftlichen Gesellschaft, in einer allmählich vom kriegerischen zum bäuerlichen Leben übergehenden Bevölkerung, bei ganz unentwickelten Verkehrsverhältnissen und starker Ausbildung einer grundherrlichen Aristokratie mit abhängigen Leuten, die Möglichkeit darbot, eine brauchbare kriegerische Mannschaft, wie die Zeit sie forderte, d. h. eine berittene Truppe von hoher persönlicher Ausbildung des einzelnen, in Bereitschaft zu halten. Allerdings ist ein großer Teil des Nutzens, den diese Organisation der Staatsgewalt versprach, wieder verloren gegangen durch die allmählich eindringende Erblichkeit der Lehen; aber in dieser Veränderung lag eben der zutreffende Ausdruck für das Verhältnis der obersten Gewalt zu den doch noch immer relativ selbständigen aristokratischen Schichten; und die Institution hat in dieser Form Jahrhunderte hindurch das militärische und politische Leben und noch viel länger die sozialen Verhältnisse maßgebend beeinflusst.

Militärisch bedeutet das Feudalsystem die Verdrängung des alten Heerbannes, der in der Hauptsache Fußvolf gewesen war, durch eine schwer gerüstete Reiterei, die nicht sowohl in taktischen Verbänden durch den Choc des Massenangriffs, als vielmehr durch die persönliche Tapferkeit und Geschicklichkeit des einzelnen Ritters, im Einzelkampf also, ihre Erfolge erringt. Der alte Heerbann verschwand nicht völlig, aber er verlor seine militärische Bedeutung. Mit den wirtschaftlich-sozialen Veränderungen seit der Besiedelung des gallischen Landes, mit der festeren Einwurzelung der Bevölkerung in den Boden, mit der Entstehung grundherrlich-bäuerlicher Abhängigkeitsverhältnisse hatte der alte Ritt der germanischen Heere, der familienhaft-genossenschaftliche Zusammenhalt, seine Kraft verloren; und zur künstlichen Disziplinierung eines Fußvolkes war in den naturalwirtschaftlichen und Verkehrsverhältnissen der Zeit keine Möglichkeit vorhanden. Das Fußvolf fehlte nicht ganz in den Kämpfen des Mittelalters; es hat sich namentlich in den Städten erhalten, wo später die Zünfte kriegsmäßig organisiert waren; aber es trat wenigstens in den früheren Jahrhunderten doch gänzlich an Bedeutung zurück hinter den Rittern.

Mit dieser Veränderung im Kriegswesen hängt auf das engste eine große soziale Veränderung zusammen. Das Feudalsystem bedeutet eine nachhaltig wirksame soziale Differenzierung, einen weltgeschichtlichen Akt der Berufs- und Arbeitsteilung und damit den Anfang einer durchgreifenden Klassenbildung. Der kriegerische Beruf sondert sich von dem gewerblichen ab; beide werden erblich. Der Ritterstand tritt dem Bauernstand gegenüber und zwar in der Stellung eines herrschenden Standes; denn der Ritterstand hängt mit dem Stande der Grundherren zusammen, der unkriegerisch gewordene Bauer aber versinkt mehr und mehr in Hörigkeit oder Abhängigkeit verschiedener Grade.

Diese sozialen Wirkungen des Feudalsystems haben am

längsten angehalten; sie reichen, wenn auch mit mancherlei Einschränkungen und Abschwächungen, auf dem Kontinent bis zur Epoche der französischen Revolution. Sie haben also noch gedauert, als das militärische und auch das politische System des Feudalismus in der Hauptsache längst überwunden war.

In politischer Hinsicht bedeutet das Feudalsystem eine eigenartige Form der Staatsverfassung, die von dem Typus des modernen Staates sehr verschieden ist. Dem Feudalstaat fehlt das Merkmal der Souveränität, d. h. der Unabhängigkeit der Staatsgewalt nach außen und der Ausschließlichkeit nach innen. Die Idee einer stufenweis übereinander geordneten Pyramide von herrschenden Gewalten, von denen jede in ihrem Kreise unumschränkt und nur der höheren zu Dienst und Gehorsam in festen Schranken verpflichtet ist, beherrscht das ganze öffentliche Leben. Die Staaten sind noch keine fest abgegrenzten, in sich konsolidierten, nach außen abgeschlossenen Gebiete. Der König von England ist für große Gebiete, die er auf dem Festland beherrscht, Lehnsmann des Königs von Frankreich, der Kaiser beansprucht eine Obergewalt über die ganze abendländische Christenheit, der Papst endlich erhebt die Forderung, daß alle christlichen Könige seine Vasallen sein sollen, und er hat einzelnen Reichen gegenüber das auch tatsächlich durchgesetzt. Und nach innen gilt der Grundsatz: „chaque seigneur souverain dans sa seigneurie“: die Staatsgewalt ist noch nicht in einem Punkte konzentriert, sie ist gleichsam noch verteilt auf verschiedene Zentren und wirkt in der Spitze nur in starker Verdünnung. Es ist ein Zustand staatlicher Verfassung, der mit der Form der militärischen Organisation auf das engste zusammenhängt, der aber, wie diese selbst, im Grunde auf dem immer noch mangelhaften Zusammenhang der großen Völkergruppen beruht, auf der Isolierung der einzelnen Lebenskreise, die durch die vorherrschende Naturalwirtschaft und die geringe Entwicklung der Verkehrsmittel bedingt war. Kriegführung,

Wirtschaft und Politik haben zusammengewirkt, um diesen Zustand allmählich zu verändern. Die Städte werden Brennpunkte eines stärkeren Verkehrs; erst in einzelnen Landschaften, dann in großen Staaten schließt sich, zunächst noch äußerlich und oberflächlich, das politische Leben zusammen. Der päpstliche Stuhl hat seine Weltherrschaftsidee ebensowenig durchzuführen vermocht wie der Kaiser die Idee seines weltlichen Supremats. Frankreich, England, Spanien gewinnen bis zum Ende des 15. Jahrhunderts eine gewisse innere Konsolidation, und in Deutschland und Italien organisieren sich bis zu derselben Zeit doch wenigstens territoriale Teilstaaten in mehr oder minder fester Ausbildung. Dieser Vorgang ist nun wieder von merkwürdigen Veränderungen auf dem Gebiete der Kriegsverfassung begleitet.

Seit den Kreuzzügen etwa beginnt die Gewohnheit der Goldzahlung in das System der Lehnkriegsverfassung einzudringen. Am frühesten und sichtbarsten in England, dann auch in Frankreich, Italien, endlich auch in Deutschland. Die Voraussetzung dafür bildete die Ausdehnung des geldwirtschaftlichen Verkehrs; die eigentlich wirkende Ursache aber lag in dem politischen Bedürfnis der Herrscher nach stärkerer Ausnutzung der kriegerischen Kräfte. Die Lehnkriegsdienstpflicht war nirgendwo eine unbeschränkte. Bei großen Kreuzzügen, wie von England nach Frankreich oder von Deutschland nach Italien, war wohl von jeher eine besondere Entschädigung, in Form von Verleihungen oder von Geldzahlungen verlangt und zugestanden worden. In England findet schon im 12.—13. Jahrhundert eine systematische Ablösung der Lehnkriegsdienstpflicht durch die Schildgelder statt, teilweise gegen den Willen der Vasallen; der König erhält auf diese Weise die Mittel, Ritter um Gold zu werben, die weit unbeschränkter zu seiner Verfügung stehen als die Vasallen. In Frankreich erscheint zunächst das *hommage lige* mit unbeschränkter Verpflichtung, in Deutschland

das Institut der Ministerialität; schließlich dringt überall die Geldzahlung und das Solddrittertum durch, namentlich auch in Italien. Damit wird die Kriegsrüstung zu einer Finanzfrage; und wir sehen die Herrscher bestrebt, seit dem 14.—15. Jahrhundert, von ihren Vasallen und sonstigen Untertanen Geldmittel anstatt des Naturalkriegsdienstes zu erhalten, um sich in kriegerische Rüstung zu setzen. Das ist ein Hauptanlaß zur Ausbildung oder wenigstens zur häufigeren Berufung von Ständeversammlungen, Parlamenten, États généraux und Landtagen geworden. An die Stelle der feudalen Verfassung mit ihren zahlreichen isolierten Herrschaftszentren tritt die ständische Verfassung mit dem Zusammenschluß der Stände zu körperchaftlichen Gebilden, zu gemeinschaftlicher Anteilnahme an den Landes- oder Staatsgeschäften.

Aber gegen dieses monarchisch-ständische Prinzip der Staatsbildung sehen wir die feudalen Gewalten überall heftig reagieren. Sie widerstreben dieser beginnenden Konsolidation des Staates und der Staatsgewalt. Sie halten vor allem fest an ihrem Fehderecht; das feudale System schloß ja Privatkriege keineswegs aus. Mit der eindringenden Solddahlung hatte sich auch der feste Zusammenhang der Lehnspflicht gelöst. Einzelne große Herren hielten sich im 15. Jahrhundert in allen Ländern große bewaffnete Gefolge, förmliche Privatarmeen, so die großen Seigneurs in Frankreich, die Grandes in Spanien, die Lords in England, die Fürsten und Städte in Deutschland; in Italien kommt das Condottieretum auf den Gipfel mit Solddrittern, die vielfach Fremde, oft Deutsche sind. Diese Erscheinungen stehen im geraden Gegensatz zu den monarchischen und ständisch-konstitutionellen Bestrebungen, die auf staatliche Konsolidierung gerichtet sind.

Solange eine solche feudale Ungebundenheit sich behauptete, war an ein regelmäßiges Funktionieren monarchisch-ständischer Verfassungen nicht zu denken. In England kommt es

erst dazu, nachdem der kriegerisch-feudale Teil der Aristokratie sich in den Rosenkriegen müde gerungen und gegenseitig aufgerieben hat; Heinrich VII. und seine Nachfolger haben die Privatarmeen streng verboten und auch wirklich beseitigt. In Frankreich wird 1439 das Prinzip aufgestellt, daß nur der König berechtigt sei, Truppen zu werben und zu diesem Zweck Steuern zu erheben; damit verschwindet das anerkannte Fehderecht des Adels, das ausschließliche königliche Kriegs-Hoheitsrecht wird prinzipiell festgestellt. In ähnlicher Weise wird in Spanien durch Ferdinand und Isabella unter Benützung des Instituts der heiligen Hermendad ein monarchischer Friedensschutz organisiert, bei den Granden hört das Halten von Privatarmeen auf; in Deutschland setzt nach endlosen Fehden zwischen den Landesfürsten, den Ritterschaften und den Städten der ewige Landfriede von 1495 wenigstens grundsätzlich dieser feudalen Anarchie ein Ziel; in Italien hat erst die Invasion der fremden Mächte, die Begründung der Fremdherrschaft zu einigermaßen geordneten Zuständen geführt.

Es fehlt noch viel daran, daß die feudale Reaktion ganz und gar überwunden gewesen wäre. Das war eigentlich nur in England der Fall. In Spanien kam es noch im 16. Jahrhundert zu dem Aufstand der Kommunen, in Frankreich verbinden sich in den Hugenottenkriegen und selbst im 17. Jahrhundert noch einmal in der Fronde feudal-anarchische mit ständisch-konstitutionellen Tendenzen; aber in den drei westlichen Reichen kommt es doch seit dem Ende des 15. Jahrhunderts zu einer wenn auch noch unvollkommenen staatlichen Konsolidation mit mehr oder minder starker Krongewalt und entsprechenden ständischen Einrichtungen, während in Italien, teilweise unter Fremdherrschaft, die absolutistisch regierten Tyrannenstaaten vorwiegen und in Deutschland in den Kämpfen der Reformation und des 30jährigen Krieges die Selbständigkeit der Territorialfürsten gegenüber dem Kaiser sich vollends durchsetzt, die

Territorien mit ihren monarchisch-ständischen Verfassungen zu förmlichen Staaten sich ausbilden.

Das ausgehende 15. Jahrhundert kann als das Ende des feudalen Zeitalters betrachtet werden. Wir treten von da ab in die dritte große Epoche ein, die des Militarismus. Gewissermaßen auf der Grenze steht da eine bedeutsame Institution, die ebensowohl dem feudalen wie dem militaristischen Zeitalter zugerechnet werden könnte: das sind die Ordonnanzkompagnien Karls VII. von Frankreich. Vom Standpunkt der Kriegskunst aus ist das noch eine durchaus feudale Truppe, ein Ritterheer mit Nebenkämpfern, nach der üblichen Art in Lanzen organisiert; aber vom Standpunkte der politischen Verfassung aus ist es etwas Neues: die erste stehende Armee in Europa auf Grund der ausschließlichen Kriegshoheit des Königs. Diese Einrichtung ist epochemachend gewesen auf dem Kontinent; Karl der Kühne von Burgund und Maximilian von Österreich haben sie nachgeahmt.

An der Schwelle dieser neuen Epoche wird es von Interesse sein, einen Blick zu werfen auf einen der großen Theoretiker, die Staats- und Kriegskunst miteinander verbunden haben; ich meine Machiavelli. Der Restaurator der Staatswissenschaften hat sich auch über die Kriegsverfassung und ihren Zusammenhang mit Staatsverfassung und Politik in lehrreicher Weise geäußert. Sein politisches Ideal war ja die nationale Einigung Italiens, wobei er wohl eher an einen Bundesstaat als an einen Einheitsstaat gedacht hat; es war ihm klar, daß eine Republik dazu nicht im Stande sein werde, daß nur ein Fürst dies Werk vollbringen könne, und daß es außerordentlicher kriegerischer Anstrengungen dazu bedürfen werde. Für die Kriegsverfassung aber gibt er die Lösung aus: keine fremden Söldner, keine Condottieri! Die haben Italien ruiniert und reif zur Fremdherrschaft gemacht. Das neue Italien soll seiner Meinung nach beruhen auf Volksbewaffnung und allgemeiner

Wehrpflicht, aber freilich nicht in der Form eines stehenden Heeres, — ein solches erschien ihm schon finanziell als eine Unmöglichkeit —, sondern in Form einer Miliz, die nur im Kriege zusammenberufen wird und im Frieden nur an den Festtagen oder in den Feiertagen sich im Gebrauch der Waffen übt. Man sieht, der Gedanke trägt nicht ganz so weit, wie man wohl zuweilen gemeint hat, indem man Machiavelli zum Propheten des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht im modernen Sinn machen wollte, — es war mehr eine Reminiszenz aus dem Altertum, aus Romulus; und praktisch hatte sich ja der Versuch, den Machiavelli als Staatssekretär der florentinischen Republik mit einer solchen Miliz gemacht hatte, keineswegs bewährt —, aber ein zukunftsreicher Gedanke steckte doch darin; das vermögen wir erst dann zu durchschauen, wenn wir uns die Bedeutung der Milizidee in der weiteren Entwicklung klar gemacht haben werden. Was Machiavelli wollte, war keineswegs bloß von ihm allein ausgedacht; es hatte anderswo in der Welt schon Gestalt gewonnen. Er kannte den Versuch, den Karl VII. von Frankreich gemacht hatte mit einer Bauernmiliz von Freischützen. Es war die Ergänzung zu den Ordonnanzkompagnien, eine Fußtruppe neben der Reiterei, von den Kirchspielen gestellt und ausgerüstet. Ich weiß nicht, ob Machiavelli auch das englische Vorbild dieser francs-archers gekannt hat, jene Bogenschützen, die in den Kriegen des 14. und 15. Jahrhunderts den Engländern anfänglich eine so entschiedene Überlegenheit über die bloß aus Ritterscharen bestehenden französischen Heere gegeben hatten. Diese Einrichtung aber ging auf die alten Milizeinrichtungen Englands zurück, an deren Spitze Heinrich II. Assisa de armis habendis in Anglia von 1184 steht. Ungefähr um dieselbe Zeit, wo der Bauer aus den deutschen Heeren verschwand, ist in England die freie Bevölkerung des Landes, soweit sie nicht feudalen Verpflichtungen unterlag, nach dem Grundbesitz, in Klassen, die an die timo-

kratischen Systeme der antiken Bürgermilizen erinnern, zur Landesverteidigung organisiert worden. Das war ein wesentliches Stück des Systems der Selbstregierung, das unter Heinrich II. begründet worden ist. Selbstgovernment und Miliz gehören zusammen. Den sozialen Hintergrund bildet die Tatsache, daß das agrarische Feudalsystem mit der Hörigkeit der Bauern in England die freien Eigentümer nie ganz verdrängt hatte, und daß es seit der Mitte des 14. Jahrhunderts im Schwinden war. Darum hat sich auch die Miliz in England erhalten und kräftig ausgebildet, so daß man diese Bogner auch wohl gelegentlich in den auswärtigen Kriegen verwenden konnte. In Frankreich dagegen bewährte sich die Institution nicht recht; sie lieferte keine brauchbaren Soldaten, und bei dem herrschenden Feudalsystem in der ländlichen Verfassung erschien es gefährlich, dem Landvolf Waffen in die Hand zu geben. Ludwig XI. hat daher diese Bauernmiliz wieder abgeschafft; er hat dafür Schweizer in Sold genommen; die sind der Kern des französischen Fußvolkes geworden. Aber immerhin ist es von Interesse, daß an der Schwelle der Epoche des Militarismus auch gleich dessen Komplement und Gegenspiel, der Milizgedanke, bedeutsam hervortritt.

Von Bauernmilizen ist eigentlich überhaupt der Fortschritt in der Kriegskunst und Kriegsverfassung ausgegangen, der die Entwicklung des Militarismus auf dem Kontinent ermöglicht hat. Die Schweizer sind die großen Lehrmeister aller Nationen geworden; und das Geheimnis ihrer kriegerischen Erfolge gegen die Ritterheere, die österreichischen im 14., die burgundischen im 15. Jahrhundert, besteht darin, daß sie es verstanden, einen taktischen Körper zu bilden, d. h. größere Massen nach einheitlichem Plan und Willen zum Kriegszweck zu bewegen und zu gebrauchen. Erst damit ist wieder eine brauchbare Infanterie entstanden, und diese Infanterietruppen haben sich den ritterlichen Einzellämpfern im ganzen überlegen gezeigt. Nicht auf

die Feuerwaffen ist diese Überlegenheit begründet — die spielen bei den Schweizern damals noch keine entscheidende Rolle — sondern auf dem taktischen Zusammenhalt. Und dieser Zusammenhalt beruht bei den Eidgenossen noch nicht auf Exerzitium, sondern vielmehr auf beständiger Kriegsgewohnheit und namentlich auf dem moralisch-politischen Faktor einer lebendigen Gemeindevorfassung, die das Gefühl genossenschaftlicher Solidarität der Nachbarn mit anerkannter Autorität der Führer verband. Es ist also etwas von jener moralischen Macht, die einst den *cuneus* der alten Germanen beseelt und zum taktischen Körper gemacht hatte; solche auf Gemeinsinn und genossenschaftlichem Zusammenhalt begründete militärische Organisationskraft hat sich ja auch anderswo in deutschen Landen gezeigt, wo sich freie Bauern in ihrer alten Gemeindevorfassung erhalten hatten, durch die Zeit des Feudalismus hindurch: ich erinnere namentlich an die Dittmarschen. Bei den Hussiten hat nationaler und religiöser Fanatismus eine ähnliche Rolle gespielt.

Die Schweizer Taktik drang durch; sie hat dem feudalen Kriegswesen ein Ende bereitet und hat das Fußvolf an Stelle der Ritter zum entscheidenden, maßgebenden Faktor in dem modernen Kriegswesen gemacht. Sie hat auf alle kontinentalen Länder gewirkt. Aber während die Franzosen sich begnügten, Schweizer in Sold zu nehmen, haben die Spanier und die Deutschen ihr Kriegswesen mit eigenem Menschenmaterial nach diesem Muster gestaltet; die deutsche Nachbildung sind die Landsknechte, die sich größtenteils aus rüstigen Handwerksgejellen rekrutierten und die genossenschaftlichen Traditionen der Zunft- und Gesellenverbände für ihre Disziplin benutzen konnten; ihre Führer sind dem Vorbilde der italienischen Condottieri gefolgt.

Diese Soldheere, die die Kriege des 16. und namentlich des 17. Jahrhunderts hauptsächlich geführt haben, die dann durch große Organisatoren wie Moritz von Oranien und Gustav Adolf von Schweden auch schon systematisch exerziert worden

sind, führen hinüber zu den stehenden Heeren des 17. und 18. Jahrhunderts. Die älteren Soldheere des 16. und 17. Jahrhunderts sind im großen und ganzen noch nicht eine staatliche Einrichtung gewesen; wie sie nur außerordentlichsweise und zu bestimmten vorübergehenden Zwecken geworben wurden, so stehen sie auch noch in keinem dauernden und organisierten Zusammenhang mit dem Staat und seiner Verfassung; auch die Heere Moritzens von Oranien und Gustav Adolfs von Schweden machen darin keine Ausnahme. Die Anfänge der neuen Heeresverfassung haben sich also außerhalb der Staatsverfassung gebildet. In der ständischen oder konstitutionellen Staatsordnung, die sich im Gegensatz zu der feudalen kriegerischen Anarchie seit Ende des 15. Jahrhunderts durchgesetzt hatte, war kein Platz für diese Soldheere; der Geist dieser Verfassung war friedlich, auf Wohlfahrt und Ordnung gerichtet, nicht auf militärische Macht; das zeigt sich in den deutschen Territorien wie in England; auch in den französischen Generalständen des 16. Jahrhunderts bekundet sich dieser Geist. Aber auf dem Kontinent ist das Ideal einer befriedeten, im Streben nach Wohlfahrt und Kultur aufgehenden politischen Gesellschaft nicht zur Entwicklung gelangt. Die großen politischen Gegensätze haben das nicht gestattet. Seit der gewaltige fast zwei Jahrhunderte füllende Rivalitätskampf zwischen Frankreich und Habsburg sich entzündet hatte, der Kampf um die Suprematie in Europa, in dem eigentlich noch die alte imperialistische Idee des Mittelalters fortlebte — seit dieser Zeit gab es keinen dauernden Frieden in Europa; und als in der Mitte des 17. Jahrhunderts das Frankreich Richelieus und Mazarins über den Kaiser und Spanien triumphiert hatte, da galt es sich zu wehren gegen die weltbeherrschenden Tendenzen Ludwigs XIV. Diese beständige Rivalität zwischen den großen Mächten, die sich noch mannigfach mit konfessionellen Gegensätzen verflocht, diese dauernde Gespanntheit der politischen Lage, die immerfort von

neuem zu kriegerischen Anstrengungen zwang, um die selbständige Existenz der einzelnen Staaten und damit die Grundlage aller Wohlfahrt und Kultur zu retten und zu sichern, mit einem Worte: diese Macht- und Gleichgewichtspolitik hat die Grundlagen des modernen Europa geschaffen: das völkerrechtliche Staatensystem ebenso wie die absolutistischen Verfassungen und die stehenden Heere des Kontinents. England in seiner insularen Sicherheit war den unmittelbaren Gefahren dieser Kämpfe entrückt; es brauchte kein stehendes Heer, wenigstens nicht eines von der Größe der kontinentalen, sondern nur eine Marine, die ebenso den Handelsinteressen wie dem Kriegszwecke diente; es hat infolgedessen auch keinen Absolutismus entwickelt. Absolutismus und Militarismus hängen auf dem Kontinent zusammen, wie Miliz und Selbstregierung in England; und in der Verschiedenheit der auswärtigen Lage liegt der Haupterklärungsgrund für die abweichende Entwicklung in Staats- und Heeresverfassung, die sich zwischen England und dem Kontinent seit der Mitte des 17. Jahrhunderts in zunehmender Schärfe vollzieht.

In den kontinentalen Staaten wird die Armee geradezu zum Rückgrat des neuen zentralisierten Großstaats. In Frankreich hat Richelieu, um die Krone zum Kampf mit Spanien und Österreich in stand zu setzen, den ständischen Partikularismus der Provinzen mit blutiger Gewalt unterdrückt und so erst den absolutistischen Einheitsstaat geschaffen, den man vorher nicht gekannt hatte. Die deutschen Landsknechte Bernhards von Weimar bildeten dabei den Grundstock der neuen stark vergrößerten französischen Armee, die den spanischen Krieg durchgefochten hat. In ganz ähnlicher Weise hat der Große Kurfürst von Brandenburg sein Stammland mit Cleve und Ostpreußen und all den andern Ländern, die unter seinem Szepter in Personalunion vereinigt waren, erst im Kampfe mit den Ständen um die Unterhaltung des stehenden Heeres zu einem Gesamtstaat zusammengeschweißt; der preussische Staat des 18. Jahr-

hundreds beruhte eigentlich mehr auf der Armee, als auf dem unzusammenhängenden Ländergebiet. Oesterreich und Spanien zeigen in der Hauptsache dieselbe Tendenz, wenn auch nicht dieselben Erfolge. Überall ging man von dem System der Condotteria zu dem der monarchischen Heeres-Disziplin über. Der Oberst hört auf ein militärischer Privatunternehmer zu sein; es wird ein Staatsdiener. Der Monarch an Stelle des Obersten ernennt die Offiziere; er wird selbst der Inhaber der höchsten Kommandogewalt. Eine hierarchische Ordnung von Dienstgraden wird durchgeführt, die in dem Monarchen gipfelt. Seine Kriegskommissare sorgen für die Unterhaltung und Einquartierung der Armee, für die regelmäßige Soldzahlung, für die Verpflegung im Felde. Nur in der eigenartigen Kompagniewirtschaft, die der Kapitän führt, erhält sich — in Frankreich wie in Preußen — ein Rest des alten militärischen Unternehmertums noch das ganze 18. Jahrhundert hindurch. Der Kapitän hat für die Ergänzung und militärische Bereitschaft der Kompagnie zu sorgen; er empfängt dafür ein Pauschquantum, über das er keine nähere Rechnung zu legen hat, er hat vor allem die Werbung in der Hand, fast noch wie eine Privatsache. In Frankreich hat die Käuflichkeit der Offizierstellen die Straffheit der monarchischen Disziplin wieder etwas gelodert; in Preußen war davon keine Rede. Im ganzen ist der Umwandlungsprozeß gegenüber den alten Soldarmeen ganz deutlich: sein Resultat ist, daß die Armee verstaatlicht wird. Aber, wie sie außerhalb des Rahmens der staatlichen Verfassung sich ausgebildet hatte, so behält sie noch eine abgesonderte Stellung im Staat, mit eigener militärischer Polizei, Gerichts- und Kirchenverfassung, unter völligem Ausschluß der bürgerlichen Behörden. Die Armee ist gleichsam ein Fremdkörper im Staate; sie ist ein Instrument des Monarchen, nicht eine Institution des Landes. Sie ist zwar als Mittel zur auswärtigen Machtpolitik geschaffen; aber sie dient zugleich auch zur Aufrechterhaltung und Aus-

dehnung der monarchischen Gewalt im Innern. Jeder Widerstand im Lande wird diesem ungeheuren monarchischen Machtmittel gegenüber unmöglich. In der Armee verkörpert sich der neue Staatsgedanke am deutlichsten und greifbarsten, der Gedanke des machtvollen, zentralisierten, absolutistischen Großstaats. Die Unterhaltung der Armee wird die Hauptaufgabe der staatlichen Finanzverwaltung; sie führt zu einer bis dahin unerhörten Anspannung der Steuerschraube und in Verbindung damit zu einem eigentümlichen Wirtschaftssystem, das die Vermehrung der baren Geldmittel und zugleich die künstliche Beförderung und Anreizung der Produktion, namentlich auf dem gewerblichen Gebiet, bezweckt. Das Wirtschaftsleben kann sich nicht selbst überlassen bleiben, weil es den Zwecken der Staatsräson dienen soll: aus diesem Gesichtspunkt ergibt sich das ganze System der gewerblichen Reglementierung, das mit der merkantilistischen Wirtschaftspolitik verbunden ist. Machtpolitik, Merkantilismus und Militarismus hängen unter sich zusammen; der absolute Militärstaat entwickelt sich zum bevormundenden Polizeistaat, der die *salus publica*, die er auf seine Fahne schreibt, nicht im Sinne der individuellen Glückseligkeit seiner Untertanen, sondern im Sinne der Erhaltung und Kräftigung der staatlichen Gesamtheit versteht. Und zugleich dringen die Einrichtungen der Armee maßgebend in die Sphäre der bürgerlichen Verwaltung ein. Das wird besonders deutlich in Preußen, das überhaupt das klassische Musterbeispiel des Militarismus ist. Die ganze Behördenorganisation hängt mit den militärischen Zwecken zusammen und dient ihnen. Aus den Kriegskommissariaten sind die eigentlichen Landespolizeibehörden geworden. Jeder Staatsminister heißt zugleich Kriegsminister, jeder Rat in den Verwaltungskammern, jeder Stellerrat heißt zugleich Stellerrat. Gewesene Offiziere werden Landräte, auch wohl Präsidenten und Minister; die Räte der Verwaltung rekrutieren sich größtenteils aus den älteren Regimentsquartiermeistern und Auditeuren;

die unteren Stellen müssen nach Möglichkeit mit ausgedienten Unteroffizieren und Invaliden besetzt werden.

Der ganze Staat bekommt so einen militärischen Zuschnitt. Das ganze soziale System wird in den Dienst des Militarismus gestellt. Adel, Bürger und Bauern sind eigentlich nur da, um, jeder in seiner Sphäre, dem Staate zu dienen, sie müssen alle „travailler pour le Roi de Prusse“.

Nicht ohne starken Zwang, nicht ohne mannigfache formale Rechtsverletzungen ist dieser neue Zustand der Dinge begründet worden. Den Vertretern der „guten alten Zeit“, des alten Rechts und der alten ständischen Staatsordnung erschien das wohl wie eine Revolution von oben. Überall hat die Krone anfangs mit einem mehr oder minder heftigen Widerstand des Adels zu kämpfen gehabt. Das Regiment Ludwigs XIV. trug einen ausgesprochen bürgerlichen Zug, ähnlich wie in Preußen noch das Regiment Friedrich Wilhelms I. Aber der Kampf mit dem Adel ist nirgendwo ein Kampf bis zur Vernichtung gewesen. Er hat mit einem Kompromiß geendigt; und überall sehen wir im 18. Jahrhundert den Adel zur Stütze der neuen Monarchie werden. Dieser Bund des absoluten Königtums mit dem Adel ist charakteristisch für das ganze ancien régime. Er beruht einerseits darauf, daß die Krone die sozialen Privilegien des Adels und die alte ständische Gesellschaftsordnung unangetastet ließ, und andererseits darauf, daß der Adel allmählich begann, das Offizierkorps der stehenden Armee zu bilden. Beides steht in innerem Zusammenhange. Die feudalen Reminiscenzen werden geflissentlich wiederbelebt und dazu benutzt, dem Offizierkorps einen politisch-moralischen Halt zu geben. Man kann sagen, daß die verschollenen Gefühle der Vasallität einer der moralischen Faktoren geworden sind, durch die der Geist des modernen Offizierstandes sich gebildet hat. In Preußen wird planmäßig der Adel im ausschließlichen Besitz der Rittergüter erhalten, damit er im stande bleibt, den Ersatz für das Offizierkorps zu liefern.

Die Ergänzung der Mannschaften blieb prinzipiell auf den Grundsatz der freiwilligen Werbung begründet. Neben den Landeskindern werden noch Ausländer in großer Zahl eingestellt, in Frankreich wie in Preußen. Aber der alte Milizgedanke verschwand dabei nicht. In Frankreich sind seit Franz I. fortwährend wieder Versuche gemacht worden, eine Bauernmiliz neben dem stehenden Heer zur Verteidigung des Landes zu organisieren; und auch in Deutschland sehen wir seit dem Ausgang des 16. Jahrhunderts in einzelnen Landschaften das Bestreben hervortreten, ein „Landesdefensionswert“ aufzurichten. Es ist beachtenswert, daß die Verfassung solcher Milizen hier mit der ständischen Landesverfassung zusammenhängt. Eine solche ständische Landmiliz waren im 17. Jahrhundert z. B. die ostpreussischen Wibranten; in Hannover hatte man im 17. und 18. Jahrhundert eine ständische Miliz neben dem stehenden Heer des Monarchen. In Frankreich aber ist unter Ludwig XIV. auch die Miliz rein königlich geworden; es ist seit 1688 gelungen, sie in leidlicher Weise zu organisieren; in der Regel war sie nur zur Landesverteidigung bestimmt und bildete besondere Verbände; aber gelegentlich ist sie doch auch zur Ergänzung der Feldarmee in den auswärtigen Kriegen gebraucht worden. Auch in Preußen sehen wir seit dieser Zeit und namentlich im spanischen Erbfolgekriege neue Versuche zur Aufstellung von monarchischen Milizen auftreten; es handelt sich bezeichnenderweise nur um die Bauern aus den königlichen Domänenämtern; die Untertanen des Adels wagte man offenbar dazu noch nicht heranzuziehen. Eine eigentliche Rekrutenlieferung durch die Stände, wie sie in den österreichischen Ländern üblich wurde, finden wir in Preußen nicht; wohl aber wurde es auch hier Sitte, den zum Teil ja halb ständischen Ortsobrigkeiten die Stellung einer bestimmten Zahl von Leuten aufzuerlegen, die aber mit Geld abgelöst werden konnte. Als dann unter Friedrich Wilhelm I. die Armee sehr stark vermehrt wurde,

sah man von alledem ab; die Miliz wurde aufgehoben, selbst der Name wurde verboten; der König wollte nur seine starke stehende Armee haben. Aber die freiwillige Werbung genügte nicht dafür; man versuchte es zunächst mit einer Zwangswerbung; und als diese viel böses Blut im Lande machte, die Guts herrschaften zum Teil zum Widerstande reizte, die junge Mannschaft zum Austritt über die Grenze trieb, da verbot sie der König förmlich und öffentlich, aber er hatte nichts dagegen, wenn seine Kapitäns sich die Leute aus den Gutsbezirken beschafften, ohne daß es darüber zu Lärm und Gewalt kam. Und nun zeigte sich die Solidarität der Interessen zwischen den Kapitäns und den adligen Gutsbesitzern, aus deren Kreisen sie stammten. Es waren ja die Kapitäns, die die Werbung besorgten, nicht der König selbst. Die Kapitäns aber hatten ein Interesse daran, möglichst viel Inländer einzustellen, weil sie bessere und zuverlässigere Soldaten waren, nicht so häufig desertierten und auch weniger kosteten, als die Ausländer; außerdem konnte man diese Leute, wenn sie ausgebildet waren, einen Teil des Jahres beurlauben, so daß die Kapitäns den Sold sparten und die Gutsbesitzer in der Erntezeit die nötigen Arbeitskräfte nicht zu entbehren brauchten. Ein Guts herr, der selbst Offizier war, oder einem ihm verwandten und befreundeten Offiziere ein paar Leute überlassen wollte, konnte natürlich ebenso gut über sie verfügen, wie einst der König über seine Amtsbauern für die Miliz. Etwas Milizartiges haftete überhaupt doch auch diesem System der Enrollierung an, denn die ausgebildeten Leute waren meist nur zwei Monate lang, während der großen Exerzitien, bei der Fahne; die übrige Zeit waren sie in die Heimat beurlaubt. So wurde es, ohne eine ausdrückliche gesetzliche Bestimmung, üblich, daß eine Zwangsaushebung im Lande stattfand; und der König hat diese Übung sanktioniert, indem er im Jahre 1733 den einzelnen Regimentern und Kompagnien bestimmte Werbebezirke anwies, die so genannten Kantons.

Dies preußische Rantonssystem beruhte also in gewissem Sinne auf einer Ineinanderbildung von geworbenem Heer und Miliz, und zwar auf der Grundlage einerseits der monarchischen Disziplin des stehenden Heeres, anderseits der ständischen Gliederung der Bevölkerung. Wie der Adel den Offizierstand bildet und eine moralische Verpflichtung zum Militärdienst trägt, so dienen die Bauernsöhne vorzugsweise zur Ergänzung der Mannschaft. Die altüberlieferten Gefühle der Über- und Unterordnung zwischen Edelmann und Bauer, die Gewohnheit des einen zu befehlen, des andern zu gehorchen, das patriarchalische Element, das doch damals noch vielfach in dem Verhältnis steckte und dem gemeinen Mann Vertrauen auf die Führung des Junkers einflößte — alles das hat wohl eine starke Grundlage für die militärische Disziplin gebildet, in der Preußen allen andern Militärmächten voraus war. Das Prügeln spielte natürlich beim Exerzieren eine Rolle wie bei der Feldarbeit; aber die harten grausamen Strafen, die man daneben nicht entbehren konnte, wie das Spießrutenlaufen, sind doch mehr auf das ausländische Gesindel als auf die Rantonisten zugeschnitten und stammen aus der Überlieferung der Landsknechtsheere.

Man hat das Rantonssystem nicht mit Unrecht als einen Vorläufer der allgemeinen Wehrpflicht bezeichnet: ohne diese militärische Erziehung der unteren Bevölkerungsklassen, ohne die Gewöhnung an den Kriegsdienst wäre wohl kaum Preußen der Staat geworden, in dem die Durchführung dieses Grundsatzes zuerst gelungen ist; aber der Geist des Rantonssystems war doch ein anderer, als der Geist der allgemeinen Wehrpflicht. Das Rantonssystem beruhte auf dem Grundsatz der ständischen Gesellschaftsordnung, den das absolutistische ancien régime aufrecht erhalten hatte, auf der Unterscheidung der privilegierten und der nichtprivilegierten Klassen; die allgemeine Wehrpflicht aber beruhte auf der Idee des allgemeinen gleichen Staatsbürgerrechts.

Mit dieser Idee, die recht greifbar den Zusammenhang politischer und militärischer Organisation darstellt, treten wir in die dritte, die gegenwärtige Epoche des Militarismus ein.

Der bewegende Anstoß zu der allgemeinen Veränderung, die sich nun vollzog, ging von der französischen Revolution aus. In den Kriegen der Revolution schloß sich Frankreich als eine Nation von einheitlichem staatlichen Bewußtsein zusammen; die französischen Revolutionsheere wurden etwas anderes, als was die Heere des ancien régime gewesen waren: hier trat ein Volk in Waffen, von nationalem Enthusiasmus und demokratischen Freiheitsideen erfüllt, den alten Soldheeren der absolutistischen Staaten entgegen. Treffliche Feldherren haben es verstanden, militärisch brauchbare Truppen daraus zu formen, und das Feldherrngenie Napoleons hat mit diesem neuen Material, auf der Grundlage der veränderten Staats- und Gesellschaftsordnung, eine neue zukunftsreiche Strategie und Taktik geschaffen. Die methodische Kriegführung der alten Zeit mit ihrer Bevorzugung des Manövers vor der Schlacht, mit ihren langsamen, vorsichtigen, durch die Notwendigkeit der Magazinverpflegung gebundenen Bewegungen, die mehr die Ermattung als die Niederwerfung des Gegners erstrebten, mit der steifen, durch die Notwendigkeit einer die Truppe zusammenhaltenden Disziplin bedingten Lineartaktik — diese alte Kriegführung, die auf Schritt und Tritt beherrscht war durch die Furcht vor dem unausrottbaren Übel der Soldheere, der Desertion — sie wandelte sich jetzt um in die kräftigere und kühnere neue Strategie und Taktik, die die Massen mit ungeahnter Schnelligkeit durch halbe Kontinente hindurchführt, die Magazinverpflegung durch die Requisition, die Lineartaktik durch den Kolonnenangriff und das zerstreute Gefecht ersetzt, indem sie auf den Geist der Truppen vertraut und nur das Ziel im Auge hat, die Streitkräfte des Gegners aufzusuchen und zu vernichten. Durch diese neue Kriegführung hat Napoleon die

Staaten des alten Europa niedergeworfen und sie gezwungen, an denselben Geist zu appellieren, der diese militärische Verfassung überhaupt erst möglich gemacht hatte, den Geist der Freiwilligkeit, des Patriotismus, des selbsttätigen Interesses bei der Landesverteidigung, kurz den militärisch-bürgerlichen Gemeingeist der Nation. Die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Heeresverfassung in diesem Sinne hat überall bei den Völkern, die dazu fähig waren, zu einer entsprechenden Umgestaltung der Staatsverfassung geführt.

Aber Frankreich, das unter Napoleon die größten Erfolge mit der neuen, dem verwandelten öffentlichen Geiste angepassten Wehrverfassung erzielte, hat es nicht vermocht, dieser Wehrverfassung selbst die Gestalt zu geben, in der sie als vollkommener Ausdruck des neuen Staats- und Gesellschaftsprinzipes gelten konnte. Die Rücksicht auf die besitzenden Klassen führte dazu, daß man bei dem System der Konstriktion mit Zulassung der Stellvertretung stehen blieb; den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht wagte man nicht mit allen Konsequenzen durchzuführen. Das ist vielmehr erst in Preußen geschehen. Das klassische Land des alten absolutistischen Militarismus hat auch die moderne Idee der allgemeinen Wehrpflicht am frühesten und reinsten verwirklicht und damit allen modernen Militärmächten das maßgebende Beispiel gegeben. Die Voraussetzung dazu war die Bauernbefreiung und die Aufhebung der Standesprivilegien; die Folge war eine unaufhaltsame Tendenz zu einer freien Staatsverfassung.

Zunächst ergab sich eine ganz veränderte Stellung der Armee zu Staat und Gesellschaft. Die Ausländer verschwinden aus der Armee. Der Soldatenstand hört auf, ein lebenslänglicher Berufsstand zu sein; er wird ein normales Durchgangsstadium für jeden wehrfähigen Staatsbürger. Die Trennung zwischen Krieger- und Bürgertum, zwischen Nährstand und Wehrstand ist überwunden; es findet auf höherer Kulturstufe nun gleich-

sam eine Rückbildung in den Urzustand statt, in dem prinzipiell jeder Mann Krieger war, eine Aufhebung oder Korrektur jener folgenreichen verhängnisvollen Arbeitsteilung, durch die im Zeitalter des Feudalismus eine herrschende und eine dienende Klasse entstanden war. Das Individuum erhält in dem modernen Staat eine doppelte Ausbildung, militärisch und bürgerlich. Das ganze System aber beruht auf jener veränderten Staatsauffassung, deren Kern darin besteht, daß in der Bevölkerung ein politisches Volksbewußtsein erwacht, daß der Staat nicht mehr bloß als eine Angelegenheit der Regierenden sondern auch der Regierten erscheint, daß er als ein Gemeinwesen, als eine körperschaftliche Gesamtpersönlichkeit aufgefaßt wird. Auch das ist eine Rückkehr zu der uralten genossenschaftlichen Staatsidee, die freilich in Preußen mit der starken Ausbildung der herrschaftlichen Organisation in einem noch unausgeglichnen Gegensatz stand.

Diese Zwiespältigkeit der Staatsidee findet ihren getreuen Ausdruck in der anfänglichen Sonderung von Linie und Landwehr. Die Linienarmee setzt die Traditionen des alten stehenden Heeres mit seiner monarchischen Verfassung und Disziplin fort; die Landwehr knüpft mehr an den Milizgedanken an, an die Vorstellung des Volkes in Waffen. Schamhorst und Boyen haben der Landwehr einen besonderen, von dem der Linie verschiedenen Geist einzuhauchen versucht, und dies Bestreben fand bei den Patrioten der Freiheitskriege begeisterte Zustimmung. Die Landwehr sollte für sich besonders formiert sein, sie sollte bis zum Hauptmann hinauf nur von Landwehr, nicht von Berufsoffizieren kommandiert werden, sie sollte sich in ihren Verbänden den bürgerlichen Verwaltungsbezirken anschmiegen und sollte etwas von dem Geiste der Selbstregierung abbekommen, den man in der bürgerlichen Verwaltung damals durchzuführen gedachte.

Wie weit diese Tendenzen gingen, das zeigt sehr deutlich der Kathismus für den deutschen Landwehrmann, den E. M. Arndt

1813 veröffentlichte. Da soll der Geist des blinden unbedingten Gehorsams aus der Landwehr verschwinden; über der militärischen Disziplin soll der nationale Gedanke stehen; nur für die großen nationalen Güter soll der Landwehrmann sich schlagen. Das ist ein ähnlicher Geist wie der, der seit der Insurrektion von 1808 in der spanischen Armee lebendig war, die ja den Freiheitskrieg ohne den König geführt hat; es ist ein Geist, der leicht entarten konnte zu der bedenklichen Erscheinung einer politisierenden Armee, wie es die spanische mit ihren Pronunziamentos und ihrer Verschlingung in den Streit der politischen Parteien zum Unheil des Landes geworden ist. In Preußen ist es nicht dahin gekommen; der monarchische Grundzug des alten Militärstaates war viel zu stark dazu. Seit 1819 ist die Landwehr mehr und mehr an die Linienarmee angegliedert worden, bis sie durch die Reorganisation von 1860 in ihrer alten echten Gestalt eigentlich völlig verschwunden ist. Die allgemeine Wehrpflicht ist also nicht in Anknüpfung an den Milizgedanken, sondern in Anknüpfung an die Institution des stehenden Heeres zur vollen und endgültigen Verwirklichung gelangt; ein moderner Militarismus bildete sich aus, der wesentliche Züge des älteren übernommen hat.

Es ist von hohem Interesse, zu beobachten, wie mit dieser Erscheinung auch die entscheidende Wendung in dem preussischen Verfassungsleben zusammenhängt. Man kann in gewissem Sinne sagen, daß die Institution der allgemeinen Wehrpflicht in einem inneren Zusammenhange steht mit der Idee einer repräsentativen Verfassung; denn eine repräsentative Verfassung, d. h. Anteilnahme des Volkes durch seine Vertreter an den staatlichen Funktionen, war die notwendige Konsequenz jener Umwandlung des politischen Geistes, durch die die allgemeine Wehrpflicht bedingt war; die Staatsmänner, die die allgemeine Wehrpflicht in ihr Programm aufnahmen, haben zugleich auch an Selbstverwaltung und an repräsentative Verfassung gedacht. Allerdings

ist die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht sofort von der Verwirklichung dieser Pläne begleitet gewesen, aber eine repräsentative Verfassung war doch die notwendige Ergänzung des neuen politisch-militärischen Systems. Diese Verfassung nun hat in Preußen — im Gegensatz zu den radikalen Bestrebungen — das Verhältnis der Krone zur Armee unberührt gelassen; die Armee wurde auch weiterhin nur auf den Monarchen, nicht auf die Verfassung vereidigt. Damit besaß die Krone einen realen Machtfaktor, der ihr das Übergewicht im Staatsleben sicherte, und die Theorie einer parlamentarischen Regierungsweise, wie sie sich in England ausgebildet hatte, war damit nicht wohl zu vereinen. Gerade darum aber verband sich nun mit der Reorganisation von 1860, die die Armee zugleich stark vermehrte und straffer im monarchischen Sinne organisierte, jener Verfassungskonflikt, dessen Kern die Frage war, ob die Krone oder das Parlament die Verfügung über die Armee haben sollte, ob vermitteltst des Budgetrechts der Bestand der Armee von Jahr zu Jahr in Frage gestellt werden dürfe.

Die Vertreter der parlamentarischen Rechte verwiesen auf England. Dort hatte allerdings seit der Revolution von 1688 die kurz vorher geschaffene kleine stehende Armee ihre Rechtsgrundlage nur in der jährlichen Bewilligung des Parlaments. Nicht bloß die Mittel zu ihrer Unterhaltung, sondern auch die Kommandogewalten und die militärische Disziplinar- und Justizgewalt hingen von den jährlichen Beschlüssen des Parlaments ab, und ausdrücklich wurde jedesmal dabei hervorgehoben, daß eine stehende Armee ohne diese parlamentarische Bewilligung ungesetzlich sei. Die gesetzliche bewaffnete Macht des Landes war die Miliz und die Marine; die standen nicht auf so präkarem Rechtsboden, und zwar aus dem Grunde nicht, weil sie den Freiheiten des Landes nicht gefährlich werden konnten. Die Miliz war ja die Bewaffnung der bestehenden Klassen zur Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes und der öffentlichen

Ordnung; die Marine aber war eine populäre Institution, das ruh- und erfolgreiche Werkzeug der englischen Handels- und Seemachtspolitik, die eigentliche Wehrkraft des Landes, frei von absolutistischen und militaristischen Reminiszenzen und frei von dem Verdacht, daß ein absolutistischer Monarch sie je zum Umsturz der parlamentarischen Verfassung verwenden könne.

Die stehende Armee in England hatte also eine Ausnahmestellung, die in der besondern Lage und Geschichte des Landes begründet war. Eine Kontinentalmacht wie Preußen aber konnte seine bewaffnete Macht nicht von den Beschlüssen wechselnder Parlamentsmajoritäten abhängig machen. In dieser Überzeugung wurde der Verfassungskonflikt von 1862—1866 von der Regierung durchgekämpft, und die Folge war, daß das Prinzip einer parlamentarischen Regierungsweise wie in England in Preußen nicht zum Durchbruch kam; der Struktur seiner Heeresverfassung, die ja nach wie vor die Armee in der Hand des Monarchen ließ, entsprach das System, das man als monarchisch-konstitutionelle Regierungsweise der eigentlich parlamentarischen gegenüberstellt. Dies System ist ja auch in anderen deutschen Staaten ausgebildet worden und in analoger Weise auf das Reich übergegangen.

Ist so die Heeresverfassung durch die Reorganisation von 1860 endgültig mit dem politischen Verfassungsprinzip der vorwaltenden Kronmacht in Übereinstimmung gebracht, so dauert in der Institution des einjährig-freiwilligen Dienstes mit der Vorzugsstellung der Wehrpflichtigen aus den gebildeten und bemittelten Klassen eine Rücksicht auf die soziale Struktur des Staates und auf die Ausbildung zu den höheren Berufen fort, die in den militärischen Verhältnissen an sich nicht begründet ist. Und wie eng auch die Volksbildung mit den militärischen Einrichtungen zusammenhängt, das zeigt sehr deutlich der oft beklagte Einfluß, den der Nachweis der Berechtigung zum einjährigen Dienst auf unser Schulwesen ausübt

hat. Vom Gesichtspunkte des Bildungswesens wie der militärischen Schulung ist die Beseitigung dieser Institution ja öfter verlangt worden, bisher ohne Erfolg. Frankreich, das 1872 von Deutschland die allgemeine Wehrpflicht übernahm, ist darin über das deutsche Beispiel hinausgegangen, es hat den Militärdienst wie das Bürgerrecht vollständig egalisiert.

Auch in unserem Offizierstande hat sich fortdauernd ein aristokratisches Prinzip erhalten, das man in Frankreich nicht in gleicher Stärke kennt, wenn auch das frühere Vorrecht des Adels bei uns beseitigt ist; an die Stelle der Aristokratie des Blutes ist eine Aristokratie der Bildung und der Lebenshaltung getreten. Und die Absonderung von dem Unteroffizierstande ist trotz einzelner Ausnahmen prinzipiell ebenso scharf wie die zwischen dem höheren und niederen Beamtentum; der Stand der Subaltern- und Unterbeamten erhält ja noch gegenwärtig größtenteils sein Gepräge durch die Zivilversorgung der Unteroffiziere. Der Militarismus durchdringt noch heute unser Staatswesen und das Volksleben überhaupt in einer vielfach maßgebenden Weise; selbst die Sozialdemokratie, die grundsätzlich gegen alles ist, was mit dem Militarismus zusammenhängt, verdankt ihm nicht nur die Disziplin, auf der ihre Parteiorganisation beruht, zum großen Teil, sondern sie hat unbewußt auch in ihren Zukunftsidealen eine starke Zutat von jenem Zwang des Individuums durch die Gemeinschaft aufgenommen, der aus dem preußischen Militärstaat stammt.

Man hat häufig eine innere Beziehung zwischen der allgemeinen Wehrpflicht und dem allgemeinen Wahlrecht behauptet, in dem Sinne, daß das eine als ein Äquivalent des anderen erscheint. Historisch ist das kaum zu begründen, aber die Gleichung ist doch nicht ohne guten Sinn. Es ist eine Erscheinung, die wir immer wieder in der Geschichte finden, daß die Erfüllung von öffentlichen Pflichten auf die Dauer zum Erwerb öffentlicher Rechte führt. Wer seine Person für den Staat einsetzt, muß

vernünftiger- und gerechterweise auch zum aktiven Bürgerrecht zugelassen werden; freilich, das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht würde daraus noch nicht ohne weiteres folgen.

Zweifellos liegt etwas Demokratisches in dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht; aber in dem Sinne, wie Hardenberg es meinte, als er in seiner großen Reformdenkschrift von 1807 „demokratische Institutionen unter einer monarchischen Regierung“ empfahl. Das monarchische Element haftet dem modernen Militarismus an, auch wo es aus der Staatsverfassung selbst verschwunden ist. Das republikanische Frankreich hat noch keinen vollständigen Ausgleich zwischen seiner Staats- und seiner Heeresverfassung herzustellen vermocht. Militarismus und Republik vertragen sich nicht gerade gut miteinander. Die Existenz des Heeres bleibt immer eine Gefahr für die republikanische Verfassung; denn das Heer verlangt naturgemäß nach einem monarchischen Haupte, der Präsident der Republik aber ist als solcher Zivilist. Andererseits läßt sich in den radikalen Parteien auch die antimilitaristische Strömung nicht unterdrücken. Aber allerdings, die zentralisierte Verwaltung des Staates, der durchgeführte Bureaucratismus, der durch die modernen Selbstverwaltungsinstitutionen doch immer wieder durchschlägt, sind in Übereinstimmung mit der Verfassung der Armee. Die Republik ist jung, aber das französische Volk und seine Geschichte sind alt; und es ist nicht bloß der Druck der auswärtigen Lage, sondern auch die historische Gewöhnung und die Zähigkeit der Tradition, was den Militarismus in Frankreich aufrechterhält.

Wie in Frankreich das Fehlen des Monarchen, so bedeutet in Österreich-Ungarn die mangelnde Staatseinheit ein Moment des Gegensatzes zwischen Staats- und Heeresverfassung. Die moderne Armee ist für den monarchischen Einheitsstaat geschaffen worden. Daß in der habsburgischen Monarchie die Durchführung einer wirklichen Staatseinheit nicht gelungen war, konnte ertragen werden, so lange das Heer nach alter Weise

bloß dem Monarchen und nicht dem Lande angehörte; aber seit der Ära der Konstitution und der allgemeinen Wehrpflicht haben sich die nationalen Absonderungstendenzen im Heer wie im Staate in steigendem Maße geregt, und es fragt sich heut, ob die deutsche Armeesprache und damit die Einheit der Armee sich wird behaupten lassen. Ohnehin steht ja schon in Ungarn die Honvedarmee neben dem stehenden Heer etwa wie in England die Miliz neben den mobilen Truppen oder wie in Preußen früher die Landwehr neben der Linie nach der Absicht ihrer Begründer, nur noch in stärkerer Absonderung: es ist die ungarische Landmiliz neben dem stehenden Heer des Kaisers.

Auch Rußland hat sich der militärisch-politischen Notwendigkeit, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, nicht zu entziehen vermocht, obwohl seine inneren Verfassungszustände wenig damit im Einklang standen; es war das Machtgebot des absoluten Herrschers, das dort die Einrichtung schuf (1874) im Hinblick auf das Stärkeverhältnis der europäischen Heere, nicht unter dem Eindruck, daß der Moment des Erwachens eines politischen Volksbewußtseins gekommen sei. Immerhin aber war doch die Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft vorhergegangen, und was folgte, das war auch hier die natürliche, und, wie die jüngsten Ereignisse gezeigt haben, erfolgreiche Tendenz zur Herstellung des Verfassungsstaates. Es ist eine gewisse Ähnlichkeit in der Vertretung dieser Erscheinungen in Rußland und in Preußen: erst Bauernbefreiung, dann allgemeine Wehrpflicht, endlich repräsentative Verfassung.

Überall auf dem Kontinent haben die Erfolge der preussischen und der deutschen Waffen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu einer politischen Notwendigkeit für die großen Staaten gemacht; England aber vermochte sich dieser Notwendigkeit zu entziehen; es hat sich begnügt, 1871 seine Armeeverfassung zu modernisieren durch Abschaffung der Prügelstrafe und der Räufligkeit der Offizierstellen; aber zur allge-

meinen Wehrpflicht ist es bis zur Gegenwart nicht übergegangen. Wie mir scheint, mit gutem Recht. Denn die englische Armee hat vorzugsweise Kolonialkriege zu führen; und auf Kolonialkriege sind die Armeen der allgemeinen Wehrpflicht nicht eigentlich eingerichtet. Wir selbst schicken ja nur Freiwillige nach Südwestafrika, und es sind Stimmen laut geworden, die auch bei uns eine besondere Kolonialtruppe fordern und zwar auf der Basis der freiwilligen Meldung. Hier zeigt sich wieder einmal der Einfluß der Staatenbildung und der in ihr liegenden politisch-militärischen Aufgaben auf die Struktur der Heeresverfassung. Ein Kolonialreich wie England braucht eine andere Armee als die kontinentalen Militärstaaten. Freilich werden auch die Kontinentalstaaten mehr und mehr zu kolonisierenden Mächten, und es wäre nicht ausgeschlossen, daß in Zukunft auch auf dem Gebiet der Heeresverfassung, wie es im Staatsleben bereits geschehen ist, ein Ausgleich und eine gegenseitige Annäherung der britischen und der kontinentalen Institutionen sich anbahnte, wodurch auch England etwas von dem Geiste des Militarismus eingebläst würde, während der Kontinent seine Heeresverfassung in der Richtung zur Miliz und zur Marine etwas verschöbe. Die Verkürzung der Friedenspräsenzzeit ist ja bereits eine Annäherung an den Milizgedanken, und daß die Vermehrung und steigende Bedeutung der Kriegsflotte den ganzen Geist der Militärverfassung und des öffentlichen Lebens auf die Dauer verändern wird, ist schon heute zu spüren.

Gegenwärtig freilich stehen sich Militär und Miliz noch als Gegensätze gegenüber. Seine beste Ausbildung hat das Milizsystem in der Schweiz gefunden, wo man nicht, wie in England und auch in Amerika, ein stehendes Heer daneben unterhält. Die Schweizer haben zwar das Vorbild für die stehenden Armeen des Kontinents gegeben, sie selbst aber sind niemals zum stehenden Heer übergegangen. Der Grund dazu liegt nicht sowohl in dem Mangel finanzieller Leistungsfähigkeit —

die Miliz ist in der Schweiz verhältnismäßig ebenso teuer wie unser stehendes Heer —, sondern er liegt hauptsächlich in dem Geiste des Staatswesens, der mit dem Militarismus nicht harmoniert. Der monarchische Zug, der dem Militarismus eigen ist, fehlt ja diesem genossenschaftlich-föderativen Staatswesen von Anfang an durchaus. Nirgendwo tritt mit solcher Deutlichkeit zu Tage, wie Staatsverfassung und Heeresverfassung einander bedingen. Dabei ist allerdings ein wichtiges Moment nicht zu übersehen. Die Schweiz ist völkerrechtlich neutralisiert; und sie ist durch die Natur des Landes in die Möglichkeit versetzt, sich wie eine große Festung in Verteidigungszustand zu setzen. Sie nimmt eine Ausnahmestellung ein, ähnlich wie das britische Inselreich und die nordamerikanische Union. Das wirkt mit dem genossenschaftlichen Charakter des Staatswesens zusammen und macht aus den drei genannten Staaten die Hauptvertreter jenes Typus, den Spencer als den industriellen bezeichnet hat.

Freilich ist für England und Amerika diese Eigenschaft bei der starken Vermehrung der Kriegsflotte in den letzten Jahrzehnten schon erheblich eingeschränkt und mehr und mehr zweifelhaft geworden. Man könnte schon von einem Marinismus neben dem älteren Militarismus sprechen, und sicherlich wird diese Erscheinung an Bedeutung noch stark zunehmen. Daß aber die Staatsverfassung oder wenigstens der Geist des öffentlichen Lebens durch ein Heerwesen, das seinen Schwerpunkt in der Seemacht findet, in eigenartiger, abweichender Weise beeinflusst wird, als durch die kontinentale Militärverfassung, ist deutlich wahrnehmbar und liegt in der Natur der Sache. Die Landmacht ist eine Organisation, die den Körper des Staates selbst durchsetzt und militärisch gestaltet. Die Seemacht ist nur die gepanzerte Faust, die hinausgreift in die fremde Welt; sie ist nicht geeignet, gegen irgend welche „innere Feinde“ gebraucht zu werden. Die Landmacht steht von jeher in mehr oder minder enger Verbindung mit den grundbesitzenden Klassen; sie trägt

noch etwas von den Traditionen des Feudalismus in sich. In der Seemacht fehlen alle feudalen Reminiszenzen; sie dient in eminentem Maße den Interessen von Industrie und Handel; sie steht mit den modernen Mächten des Lebens im Bunde, schon durch die hohe Bedeutung, die Technik und Finanzkraft für ihre Entwicklung besitzen. Sie wird von fortschrittlichen Tendenzen getragen, wie die Landmacht von konservativen. In unseren Tagen bedeutet zudem die Ausbildung der Seemacht Anteilnahme an der Weltpolitik, d. h. eine Großmachtpolitik, die sich in einer durch den modernen Weltverkehr erweiterten, über die ganze Erdoberfläche ausgebreiteten Interessensphäre bewegt. Die Eigenart der einzelnen Staaten wird dadurch abgeschwächt, ein allgemeiner Ausgleich, eine gegenseitige Annäherung der militärischen und politischen Institutionen bahnt sich an. Der Gegensatz von Landmächten und Seemächten, der Gegensatz von Völkern, die sich selbst regieren und die von oben herab regiert werden, wird minder scharf und auffällig werden und wahrscheinlich wird dabei auch der kriegerische und der industrielle Gesellschaftstypus nicht eine Verschärfung, sondern eine allmähliche Vermischung und Ausgleichung erfahren. Daß die Welt für den ewigen Frieden noch nicht reif ist, das haben die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit wieder einmal recht deutlich gezeigt; es wird wohl in absehbarer Zukunft bleiben, wie es bisher gewesen ist in der Völlergeschichte, nämlich daß Form und Geist der Staatsverfassungen nicht allein durch die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse und Interessentkämpfe, sondern in erster Linie durch die Notwendigkeit von Abwehr und Angriff, d. h. durch die Kriegs- und Heeresverfassung bedingt sind. Das ist meines Erachtens die Lehre, die wir aus einer geschichtlichen Betrachtung der bisherigen Entwicklung ziehen können.

ExRL
 6/5/28/
 Druck von Böhme & Treppe in Leipzig.

Inhalt des zweiten Jahrgangs (1904—1905.)

**Die Fortschritte des internationalen Rechts
im letzten Menschenalter.**

Geh. Justizrat Professor Dr. Karl Gareis in München.

Der deutsche Bauer in der Gegenwart.

Privatdozent Dr. Dade in Berlin.

**Die neuzeitliche Goldproduktion
und ihr Einfluß auf das Wirtschaftsleben.**

Professor Dr. Magnus Miermer in Gießen.

(Doppelheft.)

Das Pluralwahlrecht und seine Wirkungen.

Professor Dr. Georg Jellinek in Heidelberg.

**Reformbestrebungen
auf dem Gebiete des Strafvollzugs.**

Staatsanwalt Dr. Erich Duffen in Dresden.

Gemeindesteuerrecht.

Professor Dr. Otto Gerlach in Königsberg.

(Doppelheft.)

**Der gesetzliche Arbeitsschutz
der gewerblich beschäftigten Jugend.**

Dr. Arthur Esche in Dresden.

Die bisher erst einzeln erschienenen und dann zu einem Bande des Jahrbuchs der Geheftigung vereinten staatswissenschaftlichen Haupt-Vorträge dieses Instituts erscheinen neben freien Aufsätzen als „**Neue Zeit- und Streitfragen**“ in regelmäßiger monatlicher Folge (mit Ausnahme der Sommer- und Ferien-Monate). Haben bisher schon für die Jahrbücher der Geheftigung fast alle hervorragenden deutschen Lehrer der Staatswissenschaft Beiträge geliefert, so wird in der erweiterten Form der „**Neuen Zeit- und Streitfragen**“ dies in erhöhtem Maße der Fall sein.

Dem Zwecke ihrer Gründung entsprechend hofft die Geheftigung durch die „**Neuen Zeit- und Streitfragen**“, über den Rahmen ihrer Vorträge hinaus, die Stimmen der berufensten Lehrer über die meisten unsere Zeit bewegenden Fragen des Volks und

Staatsleben zur Belehrung und Mairung der Mässigen zu Gehör zu bringen.

Der Nebentitel: „Jahrbuch der Geseftstung“ wird beibehalten.

Indem die Verlagsbuchhandlung zum Abonnement auf die „Neuen Zeit und Streitfragen“ einladet, bittet sie, die nachstehenden Bezugsbedingungen zu beachten:

Man abonniert auf die „Neuen Zeit und Streitfragen“ bei allen Buchhandlungen des In- und Auslandes oder direkt bei der Verlagsbuchhandlung zum Preise von 6 Mark für neun monatliche Hefte, Oktober bis Juni. Jedes Heft ist einzeln für 1 Mark käuflich. Doppelhefte 1,50 M.

Preisermäßigung:

Die bisher erschienenen ersten neun Bände des Jahrbuchs der Geseftstung werden den Beziehern der „Neuen Zeit und Streitfragen“ statt für 36 Mark für 20 Mark durch jede Buchhandlung oder direkt von den Verlegern geliefert.

Verlag von v. Zahn & Jaensch, Dresden.

Die Großstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung.

Inhalt:

Karl Bücher, Dr., Professor in Leipzig, Die Großstädte in Vergangenheit und Gegenwart.

Friedrich Nagel, Dr., Professor in Leipzig, Die geographische Lage der großen Städte.

Georg v. Mohr, Unterstaatssekretär z. D., Professor Dr. in München, Die Bevölkerung der Großstädte.

H. Warntig, Dr., Professor in Münster, Die wirtschaftliche Bedeutung der Großstädte.

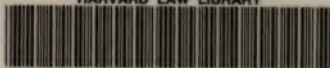
G. Simmel, Dr., Professor in Berlin, Die Großstädte und das Geistesleben.

Lh. Petermann, Direktor Dr. in Dresden, Die geistige Bedeutung der Großstädte.

D. Schaefer, Geh. Hofrat Professor Dr. in Gießen, Die politische und militärische Bedeutung der Großstädte.

VIII u. 282 Seiten gr. 8°. 4 Mk.

Druck von Böhnel & Treppe in Leipzig.



3 2044 075 183 616

HARVARD UNIVERSITY*<http://lib.harvard.edu>*

**If the item is recalled, the borrower will
be notified of the need for an earlier return.**

Thank you for helping us to preserve our collection!

